



Die Kiesgrube Buemberg der Kaga, Kies AG Aaretal. Foto: Franziska Rothenbühler

Weko verhängt Millionen-Busse gegen Berner Kiesfirma

Wegen Verstoss gegen Kartellgesetz Die Wettbewerbskommission des Bundes büsst die Kies AG Aaretal mit 5,3 Millionen Franken.

Die Wettbewerbskommission (Weko) büsst die Kies AG Aaretal (Kaga) und ihr Aktionärinnen mit insgesamt 5,3 Millionen Franken. Mehrere Unternehmen hätten im Kies- und Deponiebereich gegen das Kartellgesetz verstossen, teilte die Weko gestern Dienstag mit. Die Weko schliesse damit das letzte von drei Verfahren im Berner Baustoffbereich ab.

«Wettbewerber im ihrem Geschäftsbereich behindert»

Die Kaga ist die grösste Kies- und Deponiegrube im Raum Bern. Ihre sieben Aktionärinnen sind ebenfalls im Kies- und zumeist auch im Deponiebereich tätig. Das Unternehmen und die Aktionäre haben sich nach Weko-Angaben von gestern Dienstag vor Wettbewerb in ihrem Gebiet geschützt und Wettbewerber in ihrem Geschäftsbereich behindert.

Sie koordinierten sich dabei vor allem im Kaga-Verwaltungs-

rat, in dem jeder Aktionär mit einer Schlüsselperson Einsitz hatte. Die Aktionäre profitierten laut Weko im Vergleich zu Konkurrenten von deutlich tieferen Kiespreisen und subventionierten Transportkosten. Auch verpflichteten sie sich zu einem Konkurrenzverbot, nämlich im Kaga-Gebiet keine Abbaurechte zu erwerben und keinen Kies abzubauen.

Die Kaga koppelte zudem zulasten von Nichtaktionären vorübergehend das Deponieren von Aushub an den Bezug von Kies, wie die Weko weiter festhielt. Diese und weitere Verhaltensweisen hätten den Wettbewerb im Kies- und Deponiebereich auch zulasten von KMU und der öffentlichen Hand gehemmt.

Diese Bereiche sind laut Weko bereits stark reguliert, die Markteintrittsbarrieren sehr hoch und der Wettbewerb beschränkt möglich. Das unzulässige Verhal-

ten der Kaga und ihrer Aktionäre erschwerte den Wettbewerb demnach zusätzlich. In den Jahren 2018 und 2021 hatte die Weko bereits in zwei Untersuchungen unzulässige Verhaltensweisen im Kies-, Beton- und Belagsbereich aufgedeckt

Kaga ficht Entscheid teilweise an

Die Kies Aaretal AG wehrt sich zumindest gegen Teile der von der Weko erlassenen Verfügung. Diese betreffen vor allem gesellschaftsrechtliche Fragen, wie das Unternehmen gestern Dienstag mitteilte.

Wegen der langen Verfahrensdauer habe sich die Kaga aus wirtschaftlichen Gründen entschieden, mit der Wettbewerbskommission eine einvernehmliche Regelung zu bestimmten Aspekten abzuschliessen.

Als Grund für diesen Schritt nannte die Kaga auch, dass das Unternehmen die von der Weko

beanstandeten Verhaltensweisen schon vor dem Untersuchungsbericht eingestellt oder angepasst habe oder sie in Zukunft problemlos umsetzen könne. Der Abschluss dieser einvernehmlichen Regelung bedeute aber nicht, dass die Kaga den Sachverhalt und dessen rechtliche Würdigung im Weko-Entscheid anerkenne.

Nicht einverstanden ist das Kiesunternehmen mit einem «durch die Weko gegen die Kaga verfügten Verbot, künftig – wie dies andere KMU selbstverständlich tun können – branchenkundige Führungspersonen einzustellen zu dürfen».

Die Wettbewerbskommission kritisierte unter anderem das Recht der Aktionäre, je ein Mitglied in den Verwaltungsrat der Kaga zu entsenden. Beanstandet wurde auch die Zusammenarbeit der Aktionäre und der Informationsaustausch im Verwaltungsrat. (SDA)

In eigener Sache

Für einen unabhängigen Qualitätsjournalismus

Liebe Leserin, lieber Leser

Wir möchten Sie über wichtige Neuerungen informieren. Tamedia, die auch diese Publikation herausgibt, hat unter der Führung von CEO Jessica Peppel-Schulz eine neue Strategie entwickelt. Das Medienunternehmen fokussiert künftig auf starke digitale Marken, das bestehende Print-Portfolio wird weitergeführt, und Bern wird mittelfristig alleiniger Standort für das Druckereigeschäft. Das Centre d'Impression de Lausanne in Bussigny VD soll voraussichtlich Ende März 2025 geschlossen werden, das Druckzentrum Zürich Ende 2026. Ziel ist, das grösste privat finanzierte Redaktionsnetzwerk der Schweiz in eine digitale Zukunft zu führen.

Was bedeutet dies für Sie als Leserin oder Leser? Der Qualitätsjournalismus ist und bleibt unser Kerngeschäft. Er ist für unsere direkte Demokratie von zentraler Bedeutung und trägt wesentlich zu einer freiheitlichen Gesellschaft in unserem Land bei. Indem wir Sie rund um die Uhr und über alle Kanäle mit relevanten Informationen aus der Schweiz, aus dem Ausland, Ihrer Region und Umgebung versorgen, bieten wir Orientierung und alltägliche Hilfestellung mit viel Nutzwert.

Die Qualität steht für uns zuoberst. Umfassende Recherchen, Porträts und Reportagen, interaktive Karten, Ticker zu relevanten Ereignissen, präzise Einordnungen der politischen Aktualität auf allen Ebenen sowie praktischer Service machen unsere Angebote einzigartig. Diese wollen wir laufend ausbauen. Dabei werden wir unsere journalistische Kraft noch besser zusammenführen und uns in den Redaktionen auch noch mehr Gedanken dazu machen, welche Art von Journalismus Sie von uns eigentlich erwarten. Alle Titel und Redaktionen bleiben dem Journalismus mit hohen Standards verpflichtet. Glaubwürdigkeit, Relevanz, Wahrhaftigkeit und Fairness sind die Pfeiler unserer Publizistik.

Um unsere Leistungsfähigkeit und die Qualität aufrechtzuerhalten, sind die Weichenstellungen im Druckereigeschäft und auch im Markenportfolio notwendig. Für das digitale Wachstum setzt Tamedia auf die vier grossen Marken «Tages-Anzeiger», «Berner Zeitung», «Basler Zeitung» und «24 Heures». Mit diesem Schritt können wir unsere Stärke in den Grossräumen des Landes besser bündeln. Die Traditionstitel «Bund» und «Tribune de Genève» behalten ihren eigenen digitalen Auftritt.

Titel wie der «Landbote», die «Zürichsee-Zeitung», der «Zürcher Unterländer», das «Thuner Tagblatt», der «Berner Oberländer» oder das «BZ Langenthaler Tagblatt» werden digital mit unterschiedlichen Konzepten wie bereits andere Tamedia-Marken in die vier grossen Plattformen integriert. Wir schaffen damit breite Angebote mit hochwertigen Beiträgen aus dem In- und Ausland, regionalen Nachrichten sowie nützlichem Service für alle Leserinnen und Leser. Und Ihre gedruckte Zeitung? Diese bleibt, wie sie ist. Das vielseitige Print-Portfolio von Tamedia besteht weiter.

Änderungen gibts in der Werbevermarktung, die Tamedia wieder selbst übernimmt. Abonnements und die Werbevermarktung sind gleichwertige Säulen in der neuen Monetarisierungsstrategie.

Sie fragen sich vielleicht, wieso es diese neue Strategie braucht. Der Grund ist der Umbruch in der Medienbranche. Die Nutzung hat sich durch Smartphones und Social Media rapide verändert. Immer mehr Menschen sind auf digitalen Kanälen unterwegs, aber die Zahlungsbereitschaft für Qualitätsjournalismus sinkt. Auch im Werbemarkt führt die Digitalisierung zu grossen Veränderungen. Gleichzeitig schrumpfen die Erlöse aus der herkömmlichen Print-Werbung, und die Zeitungsauflagen gehen zurück.

Diese Entwicklungen gefährden unsere wirtschaftliche Nachhaltigkeit als Medienunternehmen, was eine wichtige Voraussetzung für unabhängigen Qualitätsjournalismus ist. Die neue Strategie ist ein grosser Schritt für alle Mitarbeitenden. Der Plan ist leider mit Personalmassnahmen verbunden. In den Druckereien umfassen diese einen Stellenabbau von rund 200 Vollzeitstellen, im Bereich der Redaktionen voraussichtlich rund 90 Stellen. Dies unter dem Vorbehalt der Ergebnisse der Konsultationsverfahren.

Der eingeschlagene Weg sichert die Zukunft unseres Qualitätsjournalismus und erlaubt uns, besser mit den schnell wechselnden Rahmenbedingungen umzugehen. Unser Anspruch bleibt hoch: Wir wollen Sie täglich mit unabhängigem, neugierigem und inspirierendem Journalismus versorgen.



Simon Bärtschi
Leiter Publizistik
Tamedia,
Mitglied der
Geschäftsleitung

Initianten für Gratis-ÖV in Bern ziehen vor Gericht

Umstrittenes Volksbegehren Das Bundesgericht wird über einen ÖV-Nulltarif entscheiden.

Die Initianten der Stadtberner Gratis-ÖV-Initiative ziehen vor Bundesgericht. Das haben sie gestern Dienstag mitgeteilt. Sie fechten das Urteil des bernischen Verwaltungsgerichts an, das die Initiative für ungültig erklärte.

Das Komitee ist mit der Auslegung gewisser Verfassungsartikel nicht einverstanden, wie es in einer Mitteilung schrieb. Es wehre sich deshalb «gegen eine willkürliche Beschränkung de-

mokratischer Rechte» und verlange, «dass die Gratis-ÖV-Initiative den Stimmberechtigten der Stadt Bern endlich zur Abstimmung vorgelegt wird».

«Angemessene Beteiligung» der Nutzerinnen und Nutzer

Das Verwaltungsgericht war Anfang August zum Schluss gekommen, dass die ÖV-Nutzenden einen «angemessenen Teil» der Kosten zu tragen haben. Der ÖV

solle gemäss Bund nicht zu billig sein, damit das System nicht überrannt werde. Er dürfe aber auch nicht zu teuer sein, damit die Bürgerinnen und Bürger ihn auch nutzen.

Das Verwaltungsgericht hatte geurteilt, dass die Initiative gegen die Vorgabe der «angemessenen Beteiligung» verstosse. Eine solche Beteiligung könne nicht bei null liegen und der ÖV deshalb nicht gratis sein.

Die Initianten vertraten hingegen die Ansicht, dass der öffentliche Verkehr ja über Steuergelder finanziert werde und der Anteil damit nicht bei null liege.

Die Initianten hatten ihre Initiative «Für einen kostenlosen öffentlichen Nahverkehr in der Stadt Bern» im Mai 2021 eingereicht. Die Stadtregierung erklärte sie Anfang 2022 für ungültig. Zum selben Schluss kam auch das Verwaltungsgericht. (SDA)

Grossflächiger Stromausfall in der Stadt Bern

Blackout in mehreren Quartieren Der Stromausfall begann kurz nach Mittag und erstreckte sich über Teile der Quartiere Innenstadt, Kirchenfeld, Obstberg und Breitenrain, wie eine Sprecherin von Energie Wasser Bern (EWB) auf Anfrage sagte. Ursache war eine technische Störung in der EWB-Unterstation Schosshalde. Bis

um 13.10 Uhr konnte der Defekt behoben werden. Zur Zahl der betroffenen Haushalte konnte EWB zunächst keine Angaben machen. Betroffen vom Stromausfall waren auch Geschäfte. Die Migros-Filiale im Kirchenfeld etwa musste ihre Türen vorläufig schliessen, da die Kassen nicht mehr funktionierten. (awb)